

Calmer Tagblatt

Nr. 265

Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang.

Veröffentlichungsweise: 6mal wöchentlich, Anzeigenpreis: Die Seite 10 Goldpfennige, Familienanzeigen 8 G. Pf., Kleinanzeigen 3 G. Pf., Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100 %.

Montag, den 12. November 1923.

Bezugspreis: In der Stadt mit Zeitungslohn 800000000 M., wöchentlich, Postbezugspreis 800000000 M., ohne Postgeld. — Schluß der Abnahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Der Hitlerputsch ist zusammengebrochen; in München war die Reichswehr und Schutzpolizei am Samstag Herr der Lage, in der Provinz kamen die Nationalsozialisten über Ansammlungen nicht hinaus. Die Erregung ist in Bayern groß. Kahr und Lössow haben Erklärungen abgegeben, daß sie nur, um ihre Bewegungsfreiheit wieder zu erlangen und die Reichswehr von dem Eintreten für Hitler abzuhalten, ihr Einverständnis mit diesem zugesagt hätten. Auf diese Weise gelang es ihnen, die Ausbreitung des Putsches zu verhindern.

Die Reichsregierung hat dem ehemaligen deutschen Kronprinzen die Einreiseerlaubnis nach Deutschland erteilt. Auf die Vorstellungen der Entente erklärte die Regierung, daß sie keinen Anlaß gehabt habe, das Einreiseverbot abzulehnen. Die Entente wird zu dem Beschluß Stellung nehmen. Da der Kronprinz schon unterwegs nach Deutschland ist, so wäre es nicht ausgeschlossen, daß ein neuer Konflikt mit den Alliierten sich entwickelt.

Der Reichskanzler hat dem französischen Gesandten auf seine Vorstellung über die Vorgänge im Innern Deutschlands, und auf die Drohung der französischen Regierung, daß sie eine Rechtsdiktatur nicht dulden werde, unverhohlen zu verstehen gegeben, daß die größte Schuld an dem Aufkommen der extremen Parteien die französische Politik trage. Im übrigen habe das deutsche Volk zu bestimmen, nach welchen Grundfragen seine inneren Angelegenheiten geregelt werden sollen.

Zum Reichsinnenminister wurde Oberbürgermeister Dr. Jarres von Duisburg ernannt.

Wie wir von Anfang an befürchtet haben, war der amerikanisch-englische Vorschlag der Bestellung eines Sachverständigenausschusses zur Prüfung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands wieder einmal nur eine „moralische“ Geste. Nachdem Frankreich einschränkende Bedingungen gestellt hat, hat Amerika erklärt, daß es sich von den europäischen Angelegenheiten wieder zurückziehe. Die französische Presse jubelt natürlich ob dieses Entschlusses. Sicherlich hofft man in Deutschland dagegen schon wieder auf eine neue „Aktion“ aus Washington oder London.

Die Abwehr des Hitler-Putsches.

Eine amtliche bayerische Darstellung über den Putsch
Rechtfertigung Kahrs und Lössows.

München, 9. Nov. Die Korrespondenz Hoffmann veröffentlicht folgende authentische Erklärung über den Hitlerputsch: In den letzten Wochen hat Hitler in Besprechungen mit dem General von Lössow und Oberst von Seißer wiederholt freiwillig und ohne jeden Zwang zugesichert, daß er loyal sein und nichts unternehmen werde, ohne vorher die genannten Herren in Kenntnis gesetzt zu haben. In gleicher Weise hat General Ludendorff dem General von Lössow und dem Obersten von Seißer in feierlicher Weise Loyalität zugesichert und hinzugefügt, wenn die Wege der Herren nicht mehr zusammengehen könnten, so werde das Loyalitätsverhältnis freundschaftlich aufgelöst werden. Erst dann solle jeder die Wege gehen können, die zu gehen er nach seinem Gewissen für notwendig halte. Am Dienstag, den 6. November, nachmittags, legte der Generalstaatskommissar vor den versammelten Führern der vaterländischen Verbände, darunter den Führern des Kampfbundes, seine Auffassung der Lage dar und zugleich den bestimmten Willen, denselben Zielen wie die vaterländischen Verbände, zuzustreben. Dabei wurden die Führer ausdrücklich vor Putsch gewarnt mit dem Hinweis, daß gegen solche mit militärischen Mitteln eingeschritten werden müsse. Am 8. November, nachmittags von 4—5.30 Uhr, fand eine Besprechung zwischen Excellenz von Kahr, General Ludendorff, General von Lössow und Oberst von Seißer im Generalstaatskommissar-

riat statt. In dieser Besprechung wurde Einheitslichkeit in Bezug auf die erstrebenswerten Ziele festgestellt, wenn auch General Ludendorff in Bezug auf das Tempo drängte angesichts der großen Notlage, in der sich weite Kreise des Volkes befänden. Gleichwohl fand wenige Stunden später gegen 1/9 Uhr abends in der überfüllten Versammlung im Bürgerbräukeller, während Excellenz von Kahr seine angekündigte Rede hielt, ein expressiver Ueberfall durch Hitler mit einem stark bewaffneten Anhang statt, wobei Kahr, Lössow und Seißer mit vorgehaltenen Pistolen gezwungen werden sollten, bei der Verwirklichung der von Hitler schon lange gehegten Pläne, nämlich der Aufstellung einer Reichsdiktatur Hitler-Ludendorff in Bayern mitzutun. Jedermann, der Zeuge dieses an sich schon überaus häßlichen, in Anbetracht der gegebenen Versprechungen und Zusagen doppelt niederträchtigen Überfalles war, mußte das Verächtliche und Verabscheuungswürdige dieser Tat empfinden, sofern er über die hier klargestellte Vorgeschichte unterrichtet war. Wenn Kahr, Lössow und Seißer unter dem Zwang der Verhältnisse die von ihnen erprete Erklärung abgaben, so geschah dies, weil die Herren von der Ueberzeugung erfüllt waren und sind, daß nur in einem einheitlichen Zusammengehen und Vorgehen dieser drei Personen noch die Möglichkeit gelegen war, die Staatsautorität aufrechtzuerhalten und das Auseinanderfallen aller Macht zu verhindern. Aus diesen Erwägungen allein haben Kahr, Lössow und Seißer es über sich gebracht, die ihnen unter brutaler Vergewaltigung angebotene Zustimmung mit scheinbarer Zustimmung zu beantworten, um die Freiheit des Entschlusses und Handelns wieder zu gewinnen. Die im Saale dichtgedrängte Menge benahm sich vom ersten bis zum letzten Augenblick musterhaft. Der allgemeine Unwille, der beim Auftreten Hitlers im Saal deutlich wurde, legte sich erst, als die Parole ausgegeben wurde, daß die Aktion sich nicht gegen Kahr richte. Da das Publikum über die Umstände, unter denen die Vergewaltigung in einem anderen Raum vor sich ging, nicht unterrichtet war, nahm es die spätere gemeinsame Erklärung zwar zum großen Teil mit Erstaunen, aber doch auch mit einer gewissen Befriedigung auf, da es an eine völlige Uebereinstimmung und Einigung glaubte. Nach diesen Vorfällen wurden im Saal, von den meisten unbemerkt, mehrere Personen von den bewaffneten Nationalsozialisten festgenommen, darunter auch die Minister Dr. v. Knilling, Schwegler, Gärtner und Wucherhoffer. (Es ist zur Stunde, am 9. November, 3 Uhr nachmittags, beim Stad des Generalstaatskommissars noch nicht bekannt, wohin die Minister gebracht worden sind. Es heißt, sie seien wohlbehalten in einer Privatwohnung in Bogenhausen in einer Art Schutzhaft.) Von Hitler wurde im Saal verkündet, das Kabinett Knilling sei abgesetzt. Als Landesverweser werde Excellenz von Kahr fungieren. Bayerischer Ministerpräsident solle Böhner werden. Die Reichsregierung und Präsident Ebert seien abgesetzt. Eine deutsche Nationalarmee werde gebildet u. General Ludendorff unterstellt. Reichswehrminister u. militärischer Diktator werde General v. Lössow, während Oberst v. Seißer Reichspolizeiminister sein solle. „Die Leitung der Politik der deutschen Regierung übernehme ich“, sagte Hitler. Es werde nun der Kampf aufgenommen werden gegen Berlin. Excellenz von Kahr gab darauf folgende Erklärung ab: „In des Vaterlandes höchster Not übernehme ich die Leitung der Staatsgeschäfte als Statthalter der Monarchie (Stürmisches Bravo), der Monarchie, die heute vor fünf Jahren so schmachlich zerschlagen wurde. Ich tue das schweren Herzens, und, wie ich hoffe, zum Segen unserer bayrischen Heimat und unseres lieben, teuren, deutschen Vaterlandes.“ (Brausende Zustimmung in der Versammlung.) Auch die übrigen auf dem Podium Stehenden gaben Erklärungen ab, die bei den Herren von Lössow und von Seißer sichtlich dem Bestreben entsprangen, aus der Situation herauszukommen, denn es war bei Kahr, Lössow

und Seißer gemeinsame Ueberzeugung, daß nur in der Ueberwindung der ausgezwungenen Situation die Möglichkeit zu gemeinsamem Handeln und damit auch die Rettung Bayerns und Deutschlands vor unausdenkbarem Unheil gegeben sei. Auf diese Weise gelang es dem Generalstaatskommissar, dem Wehrkommandanten und dem Polizeiobersten die Bewegungsfreiheit wiederzugewinnen, die im ersten günstigen Augenblick dazu benützt wurde, um in der Kaserne des 19. Infanterieregiments in Oberwiesfeld die Regierungsgewalt wieder in die Hand zu nehmen, sofort die Truppen und die Polizeiwehr zu mobilisieren und Verstärkungen aus den Standorten der Umgebung heranzuziehen. Es wurde auch sofort für Aufklärung nach außen gesorgt und ein Funkentelegramm nachfolgenden Inhalts ausgegeben: „An alle deutschen Funkstationen! Generalstaatskommissar von Kahr, General von Lössow und Oberst von Seißer lehnen Hitlerputsch ab. Mit Waffengewalt erprete Stellungnahme in Bürgerbräukeller ungültig. Vorsicht gegen Mißbrauch obiger Namen ist geboten. (gez.): von Kahr, Lössow, Seißer.“

Dieses geschah noch in den ersten Nachmittagsstunden des 9. November. Am frühen Morgen wurde die Aufklärung der Bevölkerung durchgeführt. Es wurde in der Münchener Presse folgender Ausruf veranlaßt: „Trug und Wortbruch verleiteter Gesellen haben aus einer Rundgebung für Deutschlands nationales Wiedererwachen eine eigene widerwärtige Vergewaltigung gemacht. Die Kahr, General v. Lössow und Oberst v. Seißer mit vorgehaltener Pistole abgepreßten Erklärungen sind null und nichtig. Ein Gelingen des sinn- und ziellosen Umsturzes hätte Deutschland samt Bayern in den Abgrund gestoßen. An der Treue und dem Pflichtbewußtsein der Reichswehr und der Landespolizei ist der Verrat gescheitert. Auf diese Getreuen gestützt, ruht die vollziehende Gewalt fest in meiner Hand. Die Schuldigen werden rückwärtslos der verdienten Strafe zugeführt. Die Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei, die Bünde Oberland und Reichslage sind aufgelöst. Unbeirrt aber durch den Unverstand und die Tücke werde ich mein deutsches Ziel verfolgen: Unserem Vaterland die innere Freiheit zu erringen.“

Die Stadt, in der es sonst bis zu den Mittagsstunden völlig ruhig war, nahm den Ausruf mit Begierde und Befriedigung auf. In der Nacht vorher war auch noch die Festnahme Pöhners erfolgt. Ebenso wurde der von den Nationalsozialisten als Polizeipräsident eingesetzte Polizeirat Fried festgesetzt. Am 11 Uhr vormittags wurden die kommunistischen und sozialistischen Münchner Stadträte, ebenso der sozialistische erste Bürgermeister Schmid von den nationalsozialistischen Truppen mit Gewalt aus dem Rathaus geholt. Durch den Einsatz der Münchner Truppen, der Landespolizei und von auswärts herangezogener Kräfte war bis 3 Uhr nachmittags der Putsch restlos in sich zusammengebrochen.

Hitler entkommen.

Berlin, 9. Nov. Nach weiteren aus München eingetroffenen Nachrichten befinden sich General-Ludendorff, Hauptmann Kömer, der Führer des Bundes Oberland, und die anderen Führer der Nationalsozialisten in Schutzhaft. Dagegen soll nach neueren Meldungen Hitler entkommen sein. Er ist aber verewundet. An Verlusten sind bei der Reichswehr zu verzeichnen: 2 Leichtverwundete, bei der Schutzpolizei etwa 6—7 Verwundete und einige Tote. Es dürften auf beiden Seiten 8—10 Personen getötet worden sein. In München herrschte heute abend vollständige Ruhe. Die Reichswehr und die Schutzpolizei sind durchaus Herren der Lage.

Der Verkehr mit Bayern wieder aufgenommen.

Berlin, 9. Nov. Anlässlich der Umsturzbewegung in München sah sich das Reichsverkehrsministerium genötigt, die Sperre im Eisenbahnverkehr mit dem bayerischen Gebiet in der letzten Nacht auszusprechen. Nach Klärung der Verhältnisse in München konnte die Verkehrsperre am Nachmittag wieder aufgehoben werden, sodas der Abwicklung des Personen- und Güterverkehrs kein Hindernis mehr im Wege steht.

Ein Aufruf Rahrs.

München, 12. Nov. Generalstaatskommissar von Rahr erläßt einen Aufruf, in dem er auf die große Verantwortung hinweist, die ihm durch die Uebertragung der ganzen vollziehenden Gewalt im bayerischen Staate auferlegt worden ist. Er sei verantwortlich für jeden Schritt auf dem schweren und mühevollen Wege. In langen Jahren verantwortlicher Arbeit seit dem Zusammenbruch habe er die Möglichkeiten und Gefahren dieses Weges geprüft. Er gehe ihn jetzt. Ich werde mir, erklärt Rahr, diesen Weg nicht zerstören lassen durch Bestrebungen, die nach meiner festbegründeten Ueberzeugung zum sicheren Untergang führen müssen, weil sie auf Utopien beruhen und weil ihnen die praktische Kenntnis des Möglichen und die nötige Vorbereitung fehlt und weil sie Früchte pflücken wollen, ehe sie reif sind, auch wenn ihr vaterländisches Wollen rein und groß ist. Der Aufruf betont schließlich, daß der nationale Gedanke über den traurigen Zeichen dieser Tage nicht zugrundegehen dürfe.

Auflösung der Putschorganisationen.

München, 12. Nov. Privatmeldungen zufolge ist die Auflösung der verbotenen Putschorganisationen auf dem flachen Lande südlich von München im vollen Gange und wird durch Reichswehrtruppen mit Nachdruck durchgeführt. Hitler hat sich bis vorgestern Abend auf einem Bauernhof bei Rosenheim aufgehalten. Die Gerüchte, daß Ehrhardt-Leute in Rosenheim mit Hitler zusammenarbeiten, sind unrichtig. Hitler ist nicht verwundet worden; er hat sich nur beim einem Sturz die rechte Schulter leicht verletzt. Von den Putschorganisationen werden zur Zeit Schritte eingeleitet, ihre Leute auf dem Lande vor neuen Aktionen zu bewahren. Ludendorff befindet sich in sogenannter Ehrenhaft, d. h. er kann sich seinen Aufenthaltsort selbst wählen, wird aber streng überwacht.

Erregte Stimmung in München.

München, 10. Nov. Heute Abend wurden von Studenten Flugblätter in den Straßen verteilt, die sich für Hitler und gegen Rahr aussprachen. Verschiedentlich bildeten sich in den Abendstunden trotz der Anordnung, die Straßen bis 8 Uhr zu räumen, größere Züge in der Innenstadt, die unter Absingung vaterländischer Lieder umherzogen. An einigen Stellen der Stadt hielten Redner Ansprachen an die Menschenmenge. In der Sendlingerstraße wurden im Verlagsgebäude der „Münchener Neuesten Nachrichten“ von einem Trupp erregter Leute Fensterscheiben eingeschlagen. Die Studenten haben für morgen Mittag die Parole ausgegeben, sich vor der Universität zu versammeln. Erst gegen 10 Uhr Abends trat in der Stadt wieder allmählich Ruhe ein, zumal Landespolizei und Reichswehr aufgeboten wurden, um die Passanten von den Plätzen zu weisen. Im Laufe des Abends wurde wiederum eine größere Anzahl von Personen wegen Widerstands gegen polizeiliche Verordnungen verhaftet. Schwere Zwischenfälle sind bis jetzt nicht bekannt geworden.

München, 10. Nov. Im Laufe des Nachmittags kam es in verschiedenen Teilen der Stadt zu größeren Menschenansammlungen, insbesondere am Karlsplatz und in der Nähe des Bahnhofs. Berittene Polizei, die wiederholt zur Zerstreuung der Massen eingesetzt wurde, wurde

von dieser mit Töfeln und Pfeifen empfangen. In der Aula der Universität hatten sich trotz eines Verbotes einige hundert Studenten zu einer Protestkundgebung gegen Rahr versammelt. Sie versuchten einen Demonstrationszug zu bilden, wurden jedoch bald zerstreut.

München, 10. Nov. Der deutsche Bauernbund (Abteilung Franken) hat eine Erklärung erlassen, daß er treu hinter der verfassungsmäßigen Regierung Knilling stehe. Jede ungesetzliche Velleitung der ordentlichen Regierung werde er mit den schärfsten Maßnahmen bekämpfen und sich allen Versuchen widersetzen, die Reichsregierung und Reichsverfassung zu stürzen.

München, 12. Nov. Die Erregung in der Stadt war auch gestern noch nicht im Abflauen. In den Straßen der Stadt, besonders in der Altstadt, wogten aufgeregte Menschenmassen hin und her. In der Nähe des Karlsplatzes bildeten sich in den Straßen große Ansammlungen. Auf dem Königsplatz hatten sich am Mittag große Gruppen von Studenten eingefunden, die unter Absingen patriotischer Lieder zum Bahnhof zogen. Auch andere Straßengruppen wurden von Studententruppen durchzogen. Im Allgemeinen konnten die blaue und die grüne Polizei die Ordnung aufrechterhalten, wenn sie auch verschiedentlich gegenüber den Ansammlungen einen schweren Stand hatten. Nach den bisher vorliegenden Meldungen brauchte die Reichswehr gestern Abend nirgends einzugreifen. Von maßgebender Seite wird mitgeteilt, daß der Generalstaatskommissar, die Regierung und die Reichswehr über die notwendigen Maßnahmen einig seien. Es wird als selbstverständlich bezeichnet, daß der frühere Kronprinz Rupprecht den Hitlerputsch entschieden verurteilt. Die Bedrohung der Opfer des letzten Zusammenstoßes zwischen Reichswehr und Nationalsozialisten der Residenz soll heute, Montag, stattfinden.

Verbot der kommunistischen Partei in Bayern.

München, 12. Nov. Der Generalstaatskommissar hat durch Verordnung vom 11. November die Kommunistische Partei verboten und aufgelöst und die sozialistische Presse verboten.

Das Manifest Rahrs.

München, 9. Nov. Im Münchener Bürgerbräukeller fand gestern eine große Kundgebung statt, bei der Generalstaatskommissar v. Rahr ein Manifest an die deutsche Nation verlas. In München sei zum erstenmal der Kampf gegen den Marxismus als wesentlicher Punkt eines Programms für die deutsche Zukunft ausgestellt worden. Der Zweck des Kampfes sei, die großen Massen für die nationale Staatsgemeinschaft wieder zu gewinnen und die Ausstrahlung des Marxismus in die bürgerlichen Schichten zu vernichten. Nur so sei die Einheit der Nation zu erreichen. Diese Aufgabe gliedere sich in zwei Teile: 1. Lösung der Massen aus der geistigen Herrschaft des Marxismus. 2. Ihre geistige Befreiung an die nationale Staatsgemeinschaft. Der Marxismus sei eine geistige Bewegung. Er habe sich mit den Mitteln der Massenführung von kleinsten Anfängen zu einer scheinbar unerschütterlichen Herrschaft über Millionen Deutscher emporgeschoben. Der Grund, der den Fehlschlag des Marxismus in der angelsächsischen Welt und seinen Sieg in Deutschland herbeigeführt habe, sei der, daß die bürgerliche Führerschaft in der angelsächsischen Welt sich in der Massenführung den marxistischen Führern überlegen gezeigt habe, während die Führerschaft in Deutschland ihnen unterlegen war. Die erste und wichtigste

Aufgabe, vor der das deutsche Volkstum heute stehe, sei zweifellos die Wiederherstellung seiner Freiheit, d. h. außenpolitisch gesehen, die Wiederherstellung seiner Souveränität und die Steigerung der staatlichen Macht. Für die Deutschen in den abgetrennten Gebieten, besonders auch im Elsaß bestehe die Aufgabe darin, dieses Volkstum deutsch und national in der Gefinnung zu erhalten. Auch der stärkste und mit der größten Macht ausgestattete Mann könne ein Volk nicht retten ohne tatkräftige und von nationalem Geiste getriebene Hilfe aus dem Volk. Der freie deutsche Staatsbürger im freien deutschen Staat, das allein sei die Seelenstimmung, die das Deutschtum bis zur Stunde der Befreiung in seinem Bestand erhalte und die Energie zur Befreiung schaffen könne. Nur aus dieser seelischen Einstellung heraus könne aber auch die dringlichste innerpolitische Aufgabe gelöst werden. Das wirtschaftliche Unglück des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Zeit beruhe nämlich darin, daß die Masse der deutschen Bevölkerung weit über die sozialistische Parteizugehörigkeit hinaus die Gestaltung seines ökonomischen Schicksals nicht der eigenen Tatkraft schulden wolle, sondern sie dem Staat als Vormund- und Fürsorgeverpflichteten aufbürde. Das sei auch bei einem machtmittellosen Staat wie dem unferen ohne Gefährdung der gesamten Volkswirtschaft nicht mehr möglich. Das Problem, vor dem wir heute in Deutschland ständen, sei das Problem der Führung. Die heutige Aufgabe sei mehr als bismarckisch; es drehe sich um die Befreiung unseres Volkstums aus einer falschen wirklichkeitsfremden und deshalb zerstörenden Idee, um die Schöpfung einer neuen wirklichkeitsnahen und damit lebensfördernden und zur Gemeinschaft findenden Idee. Das Manifest schließt: Die Zeit ist erfüllt. Der gesamte Marxismus hat politisch nach 50jährigem Herrschen und Experimentieren in der Gestaltung der Welt versagt. Ohne eine neue Wirtschaftsordnung mit ihrer Mehrheit gibt es keine stabile neue Währung. Im heutigen Deutschland gibt der Nichtskönner den Ton an und ist dabei noch unzufrieden. Macht das Deutschland zu einem Land, in dem Alle ihre Kräfte frei entfalten können! Schaffen wir Persönlichkeiten!

Die Vorstellungen Frankreichs und die Antwort des Reichskanzlers.

Berlin, 10. Nov. Am gestrigen Tage erschien der französische Botschafter beim Reichskanzler und teilte mit, daß der französische Ministerpräsident, obwohl es ihm völlig fernliege, sich in irgendwelche deutsche Verhältnisse einzumischen, sich veranlaßt sehe, auf die Beunruhigung hinzuweisen, die in Frankreich durch Gerüchte über politische Vorgänge in Deutschland entstanden sei. Die Gerüchte besagten, daß bei einem Erfolg gewisser Bestrebungen eine Rechtsdiktatur zu erwarten sei. In diesem Falle müßte nach den bisherigen Äußerungen führender Persönlichkeiten der Rechten mit der Zerreißung des Versailler Vertrages und der Vorbereitung des deutschen Revanchekrieges gerechnet werden. Nachdem der Reichskanzler davon Kenntnis genommen hatte, daß dem französischen Ministerpräsidenten jeder Versuch einer Einwirkung auf die innerpolitischen Verhältnisse fernliege, betonte er besonders, daß einzig und allein das deutsche Volk darüber zu entscheiden habe, unter welcher Verfassungsform es seine Politik fortan entwickeln wolle. Den Bestrebungen einzelner Länder, die auf eine größere Selbständigkeit im Rahmen des Deutschen Reiches hinzielten, stehe die Reichsregierung selbst nicht unsympathisch gegenüber. Wenn im übrigen die extremen Parteien links und rechts an Boden gewannen, so sei das eine Folge der verzweifelten Lage, in die Deutschland geraten sei, und der zu steuern gerade der französische Ministerpräsident die Macht habe. Neben ungeheuren materiellen Schwierigkeiten bereite auch die seelische Bedrückung dem deutschen Volke die schwersten Leiden. Wenn es sehen müßte, was die deutschen Brüder an Rhein und Ruhr zu erdulden hätten und wie eine kleine Minderheit von Separatisten, die sich vielfach

Das Auge des Buddha.

Roman von Friedrich Jacobsen.
Die „Menagerie“ lag in einem Umbau des Zirkus, etwas abseits von den Ställen, damit die Pferde nicht durch das Gebrüll der allzu hungrigen Bestien belästigt würden. Die Bezeichnung war etwas gewählt, denn die ganze Gesellschaft bestand aus drei alten männlichen Löwen, zwei Bären und einem sehr harmlosen Leoparden; außerdem war noch die Löwin Sulamith vorhanden, ein Prachtexemplar von ungewöhnlicher Größe und die Königin der Sammlung, aber sehr schwer zu behandeln und der Dressur durchaus abgeneigt. Das Tier war nicht in der Gefangenschaft geboren, sondern fast ausgewachsen von Hagenbeck eingeführt, und der Dompteur Luis Sanchez gab sich die erdenklichste Mühe mit der schönen Afrikanerin; aber er sagte bisweilen, das nähme doch noch ein schlimmes Ende, obwohl man diesem Anhänger der „blutigen Dressur“ wirklich keine Furcht nachreden konnte.

Als Judica das Raubtierhaus betrat, war gerade eine Probe beendet. Luis stand vor dem Käfig der Löwin, hatte den linken Ärmel seines Samtjackets zurückgestreift und wickelte eine Binde um den blutigen Arm; dabei rauchte er aber schon die kurze Holzpipe — die Sache konnte also nicht übermäßig schlimm ausgefallen sein.

Luis Sanchez war Bollblutspanier und ein auffallend schöner Mann. Nicht so kolossal wie Zwan, verriet er dennoch eine bedeutende Körperkraft; sein dunkel gefärbtes Gesicht trug den Stempel unbeuglicher Willenskraft — er war bis auf den dichten schwarzen Schnurrbart glatt rasiert, die Augen besaßen jenen starren Ausdruck, der bei Leuten seines Berufes zur Gewohnheit wird.

Judica trat heran. Hat's was gegeben, Luis?“

„Guten Morgen, Judica — es ist nicht der Rede wert. Sulamith ist wieder mal schlechter Laune und häkelte nach mir; es ist schade um das schöne Jackett — sehen Sie nur den Riß.“

„Das nähe ich Ihnen wieder sauber zu.“

„Danke, können Sie wirklich nähen? Lieber wär's mir schon, wenn Sie die Binde mit einer Schließnadel befestigen wollten, dergleichen führen die Weiber doch immer bei sich.“

„Natürlich — halten Sie nur still.“

Er überließ ihr den muskulösen Arm und sah mit Teilnahme zu, wie sie die Handschuhe abstreifte und ohne Zimperlichkeit das Samariterwerk vollbrachte; nach einer Weile sagte er: „Sie haben sehr zarte Hände, Judica; dafür könnte Sulamith mir jeden Tag eins auswischen.“

„Das würde wohl nicht immer so gut ablaufen, Luis.“

„Möglich, wir haben uns noch nicht richtig gemessen — ich und die falsche Katze.“

„Die ist ja gar nicht falsch.“

„Oho, das muß ich besser wissen!“

„Gar nichts wissen Sie,“ entgegnete das Mädchen und trat an den Käfig heran. Er wollte sie zurückreißen, aber Judica sah ihn nur mit ihren dunklen lachenden Augen an, griff in den Ruff und brachte ein paar Stücke Zucker zum Vorschein.

„Keine Angst, Luis, Sulamith ist ein Frauenzimmer und liebt Süßigkeiten wie wir alle.“

Nun entwickelte sich ein Schauspiel, dem der Bändiger mit atemlosen Staunen zusah. Die Löwin hatte natürlich ihre Hiebe bekommen, sie lag im äußersten Winkel und

leckte mürrisch eine Schwüle. Als Judica an das Gitter trat, richtete sie sich halb auf und knurrte leise.

Luis wollte abermals zugreifen, aber seine Gefährtin schlug ihm neckisch auf die Finger, und dann begann sie das Tier anzureden — mit einer Stimme, die so sanft und einschmeichelnd klang, daß der Bändiger ganz entzückt lauschte:

„Sulamith, mein Liebling, kennst du deine Freundin nicht? Komm, wir wollen miteinander spielen — ich liebe deine schöne Gestalt —“

Sie kam wirklich; anfangs zögernd und mißtrauisch — aber als Luis auf einen Blick Judicas zurückgetreten war, drängte sich die Löwin an das Gitter, nahm den Leckerbissen in Empfang und dudelte schließlich, daß Judica die Hand zu einer Liebföschung hineinstreckte.

„Caramba, Judica, wo haben Sie das gelernt?“

„Gar nicht,“ entgegnete sie und streifte den Handschuh wieder über — „das können wir, das liegt in uns. Ob Mensch, ob Tier, ganz einerlei, wen wir uns untertan machen wollen, den streicheln wir mit weichen Frauenhänden; die Natur hat uns diese Waffe gegeben, und sie ist wirksamer als Cure Kraft und Cure Peitsche.“

„Delila!“ murmelte Luis unwillkürlich, und Judica zeigte lächelnd ihre weißen Zähne.

„Gewiß, mein Freund, ein wenig Verrat ist auch mitunter dabei. Aber sagen Sie selbst, Luis, würden Sie sich nicht lieber von den Armen eines Weibes erdroßeln lassen, als von der Faust Zwan Kasanoffs?“

„Von deinen gewiß,“ sagte er plötzlich mit brutaler Offenheit. —

(Fortsetzung folgt.)

stehe, sei zweifelhaft, außenpolitisch und die Steigerung in den abgeleiteten Aufgaben der Befähigung zu den Macht ausgeübten tatkräftigen und im Volk. Der freie Staat, das allein sei die Stunde der Energie zur Befreiung, Einstellung heraus die Aufgabe gelöst den Volk in der die Masse der politische Parteizugewinnung Schicksalern sie dem Staat aufbürde. Das sei dem unfernen ohne und mehr möglich, und ständen, sei das sei mehr als bis- halb zerstörenden Tatsachen und da- denben Idee. Das gesamte Marxismus experimentieren in neue Wirtschaftssysteme neue Wählerstimmen den Ton des Deutschland zu entfalten können!

Die Antwort

den der französische, daß der französische fernliege, sich in den, sich veranlaßt in Frankreich durch und entstanden sei. gewisser Bestre- In diesem Falle runder Persönlich- räumlicher Vertrages erzieht gerechnet Kenntnis genom- denen jeder Best- Verhältnisse fern- klein das deutsche licher Verfassungs- Den Bestrebungen indiguit im Rahe Reichsregierung n übrigen die er- gewinnen, so sei e Deutschland ge- stische Ministerprä- materiellen Schwie- g dem deutschen n müsse, was die uden hätten und , die sich vielfach

an das Gitter leise.

seine Gefährtin dann begann sie me, die so sanft ger ganz entzückt

deine Freundin lieben — ich liebe

und misstrauisch — rückgetreten war, nahm den Leserk- daß Judica die

gelernt?“

te den Handschuh liegt in uns. Ob ir uns untextan- rischen Frauenhän- geben, und sie ist tische.“

lich, und Judica

trat ist auch mit- , würden Sie sich des erdroffeln laf- ?“

lich mit brutaler

aus übelsten Verbrechertreibern zusammensetzten, unbestraft ihr Landesverräterisches Unwesen am Rhein treiben könnten. Die heftigsten Angriffe, die gegen die Reichsregierung von radikaler Seite geführt würden, beruhten darauf, daß heute, sechs Wochen nach Abbruch des passiven Widerstandes, das ganze Wirtschaftsleben an Rhein und Ruhr schwerer darniederliege als vor dieser Zeit und daß gleichzeitig die finanzielle Lage Deutschlands noch katastrophaler geworden sei. Der französische Ministerpräsident möge sich darüber klar werden, daß die Reichsregierung jetzt nicht mehr in der Lage sein werde, die bisher gewährten Summen für Rhein und Ruhr aufzubringen, wodurch ihre Bemühungen, das Reichsbudget ins Gleichgewicht zu bringen, gänzlich zunichte gemacht würden. Die Münchener Vorgänge hätten gezeigt, daß die Landesregierungen genügend Kraft und Autorität besitzen, um gewaltsamen Bestrebungen Herr zu werden. Der französische Ministerpräsident müsse aber auch bedenken, daß derartige Bestrebungen gar nicht zum Ausbruch kommen würden, wenn nicht seit Friedensschluß jede deutsche Regierung, gleichgültig auf welchem Parteistandpunkt sie gestanden habe, für irgendwelche erträglichen Bedingungen gekämpft habe und von einem außenpolitischen Mißerfolg zum andern getrieben worden wäre.

Der angelsächsische Konferenzschwindel. Amerika zieht sich wieder einmal zurück.

Paris, 11. Nov. Einem Washingtoner Telegramm des „New York Herald“ zufolge sollen die Vereinigten Staaten, nachdem Frankreich zweimal die Vorschläge des Staatssekretärs Hughes nach einer Regelung der Reparationsfrage zurückwies, ihre Politik, sich nicht mehr mit den europäischen Angelegenheiten zu beschäftigen, forslegen. Die Persönlichkeiten des Staatsdepartements u. des Weißen Hauses wollten klar machen, daß sie Frankreich für den Abbruch der Verhandlungen verantwortlich machten, da Poincaré, nachdem er erst grundsätzlich dem Plan zugestimmt habe, Beschränkungen gefordert hätte, durch die jede Enquete zwecklos gemacht würde. Obzwar man vorge schlagen habe, Amerika solle von Frankreich eine baldige Bezahlung seiner Kriegsschulden verlangen, habe die Regierung beschlossen, diese Zahlung augenblicklich nicht zu fordern. Die offizielle Meinung sei, daß ein derartiges Verlangen eine nutzlose Spannung verursachen und ergebnislos bleiben würde.

Präsident Coolidge „bedauert“.

Paris, 10. Nov. Der „New York Herald“ berichtet aus Washington, es verlautete, daß Präsident Coolidge sein tiefstes Bedauern über den Fehlschlag der Verhandlungen betreffend den Sachverständigen-Ausschuß zum Ausdruck gebracht habe, aber erklärt habe, er empfinde, daß Amerika nicht gemeinsam mit den Verbündeten zur Prüfung der der deutschen Wirtschaftslage schreiten könne, wenn nicht alles einig sei. Der Präsident habe erklärt, daß die Zeit noch nicht geeignet sei für amerikanische Ratschläge, die die Verbündeten ohne Vorbehalt annehmen würden. Im Weißen Haus sei amtlich die Ansicht des Präsidenten dahin formuliert worden, daß eine Prüfung der gegenwärtigen deutschen Zahlungsfähigkeit als zwecklos und unnütz zu betrachten sei. Innerhalb der nächsten 6 Jahre sei keine wesentliche Aenderung der Lage Deutschlands zu erwarten, die irgendwelche Zahlungen gewährleisten würde.

Die Ruhr- und Reparationsfrage.

Der Reichskanzler zur inneren und äußeren Lage.

Halle, 12. Nov. Reichskanzler Dr. Stresemann traf gestern nachmittag gegen 5 Uhr in Begleitung des Reichsministers des Innern, Dr. Jarres, und des Staatssekretärs Kemples hier ein. Auf dem Landesparteitag der deutschen Volkspartei im Walthalltheater nahm er, vielfach von begeistertem Beifall unterbrochen, in 1 1/2 stündiger Rede zu den schwebenden innen- und außenpolitischen Fragen Stellung. Auf die Begrüßungsworte des Vorsitzenden der Partei des Wahlkreises, wobei dieser das opferfreudige Einspringen des Kanzlers in die Brezche in schwerer Zeit hervorhob und die unbedingte Billigung der Politik des Kanzlers durch seine Parteifreunde betonte, erklärte der Reichskanzler u. a., die tiefe äußere und innere Not, der dem Zusammenbruch nahe Zustand Deutschlands in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung und als Folge davon die Verzerrung der politischen Verhältnisse seien verursacht durch die außenpolitische Bedrückung. Frankreich hätte die Möglichkeit, die deutschen innenpolitischen Verhältnisse wesentlich zu ändern, wenn die französische Politik so wäre, daß sie uns das Leben lasse und so dem Radikalismus in Deutschland entgegenwirke. Auf die separatistischen Machenschaften an Rhein und Ruhr eingehend, sagte der Kanzler: Wenn man nur den Rheinländern selbst die Möglichkeit geben würde, sich gegen dieses Gesindel zu wehren, so wäre das ganze Gesindel in 24 Stunden erledigt. Statt dessen, statt vollkommener Neutralität von draußen, sei die Schutzpolizei entwaffnet worden. Die Haltung Belgiens in dieser Frage sei neuerdings erfreulicher und auch England habe erklärt, daß ein Rheinstaat, unabhängig von Deutschland, eine Verletzung des Versailler Friedens sei, die England nicht anerkennen werde. Aus der Verfümmelung unseres Landbesitzes, der Fortnahme unserer ausländischen Vermögen, unserer Kolonien und der Urgebiete der Produktion muß der wirtschaftliche, soziale und finanzielle Zusammenbruch kommen. Dazu kommt der Radikalismus. Die Erhaltung der gegenwärtig zwei Millionen

Arbeitslosen und der zwei Millionen Kurzarbeiter allein im Ruhrgebiet gehe über Deutschlands Leistungsvermögen. Die Herausgabe wertbeständigen Geldes müsse Hand in Hand gehen mit einer rigorosen durchgeführten Staatsbalancierung, so schmerzhaft der Beamtenabbau auch sei. Auf die Hungersnot, die uns bevorstehe, seien die karitativen Organisationen der ganzen Welt bereits mit der Bitte um Hilfe hingewiesen. Zu der Frage der von dem ehemaligen Kronprinzen gewünschten Rückfahrlaubnis nach Deutschland nahm der Kanzler in dem Sinne Stellung, daß dem Kronprinzen, der nicht der schlechteste Deutsche sei, die Rückkehr in seine deutsche Heimat nicht verwehrt werden dürfe und daß die Entscheidung hierüber eine durchaus innenpolitische Angelegenheit sei, die das deutsche Volk sich nicht vorweg nehmen lasse. Weiter rechtfertigte der Kanzler die Haltung der Regierung in der Angelegenheit des Ermächtigungsgesetzes. An dem Schaden, den die Ausruhmung des Herrn Hitler in München zum neuen Leiter der Reichsgeschichte angerichtet habe, würden wir noch lange zu tragen haben. Das Verhalten Ludendorffs in dieser Angelegenheit sei höchst bedauerlich. Die Reichswehr sei in den schwersten Gewissenskonflikt geführt worden. Er, der Kanzler, würde den Augenblick begrüßen, in dem das Streitbild zwischen Bayern und dem Reich begraben würde. Was den Marxismus angehe, so meinte er, dieser passe für eine Zeit nationaler Bollkraft, nicht aber für eine Zeit des Niederganges, wie der jetzigen. Marx selbst würde in einer Zeit wie der jetzigen, seine Ideen nicht anwenden wollen. Die Herausgabe des wertbeständigen Geldes werde durch den vorgestern begonnenen Buchdruckerstreik in Berlin gefährdet oder doch verzögert. Die Regierung werde deshalb mit äußerster Entschiedenheit vorgehen und jeden entlassen, der bis heute seine Arbeit nicht wieder aufgenommen habe. Der Kanzler mahnte zur Zusammenarbeit, um aus dieser tiefen Not unserer Tage wieder herauszukommen. — Mit dem gemeinsamen Gesang des Deutschlandliedes schloß die Kundgebung. Gegen 1/9 Uhr fuhr der Kanzler nach Berlin zurück.

Der pfälzische Regierungspräsident gegen die französische Putschpolitik.

Heidelberg, 11. Nov. Regierungspräsident Mathews richtete folgendes Schreiben an General de Metz: Gegen die von Ihnen selbst angedrohte, nunmehr mit französischer Hilfe eingeleitete Vergewaltigung des Pfälzer Volkes durch die von Ihnen selbst wiederholt als Gesindel bezeichneten landfremden Banden erhebe ich namens des Pfälzer Volkes und der pfälzischen und der bayrischen Regierung schärfsten Protest. Entgegen der Erklärung Ihres Ministerpräsidenten, sich neutral zu verhalten, wurden die Banden kostenlos mit der Regiebahn herangeführt, von den französischen Behörden untergebracht, verpflegt und von Ihrem Bezirksdelegierten ausdrücklich anerkannt. Unter französischem Schutz plünderten und kämpften die separatistischen Banden und wurden treue Deutsche entwaffnet, eingekerkert und verschleppt. Nach dem Rheinlandabkommen und der Verordnung der Rheinlandkommission war und ist es Ihre Pflicht, diese Banden zu entwaffnen und der deutschen Polizei bei der Aufrechterhaltung der Ordnung zur Seite zu stehen. Die Not der Pfalz ist ausschließlich Ihr Werk.

Die deutsch-französischen Verhandlungen über das Ruhrgebiet.

Paris, 11. Nov. Nach einer in der Abendpresse verbreiteten Nachricht aus Washington hat die französische Regierung die halbjährigen Zinsen für den Ankauf der Lager mit Kriegsmaterial bezahlt.

Paris, 11. Nov. Havas meldet aus Brüssel, daß der Chef der belgischen Ingenieurkommission heute Vormittag Japar über die Lage im Ruhrgebiet Bericht erstattet habe. Aus seinen Ausführungen ergebe sich, daß die Verhandlungen mit der Sinnesgruppe genügend fortgeschritten seien, um eine endgültige Entscheidung in einigen Tagen zu erwarten. Die Direktoren der Brikkettfabriken aus dem Bezirk von Köln seien ebenfalls im Laufe der vergangenen Woche mit der belgischen und der französischen Ingenieurkommission in Verbindung getreten. Ein Uebereinkommen über die Wiederaufnahme der Arbeit im Hafen von Duisburg und Ruhrort sei mit den Deutschen abgeschlossen worden.

Der Umlauf der Goldanleihe und Rentenmark im besetzten Gebiet verboten.

Mainz, 9. Nov. Nach dem „Echo du Rhin“ ist der Umlauf der Goldanleihe und der Rentenmark im besetzten Gebiet verboten worden, da sie auf Grund eines allgemeinen Gesetzes vom 13. 10. 23 und einer Spezialverordnung vom 15. und 16. Oktober 1923 ausgegeben wurden, ohne in dieser Form der hohen Kommission vorgelegt worden zu sein. Zeichnungen und Umlauf der Papiere ist nach dem Gesetz verboten.

Zur auswärtigen Lage.

Die Rückkehr des ehemaligen deutschen Kronprinzen gestattet.

Berlin, 10. Nov. Der deutsche Geschäftsträger in Paris ist angewiesen worden, die Note der Botschafterkonferenz vom 9. November, in der angefragt wurde, ob die deutsche Regierung dem ehemaligen Kronprinzen die Ermächtigung zur Rückkehr nach Deutschland tatsächlich erteile, wie folgt zu beantworten:

Der frühere Kronprinz stellte bereits vor einigen Wochen bei der deutschen Regierung den Antrag, ihm die Rückkehr nach Deutschland zu gestatten. Die deutsche Regierung hat bei der Prüfung des Antrages keinen Grund rechtfertiger oder tatsächlicher Art erkennen können, der es gerechtfertigt hätte, diesem deutschen Staatsangehörigen die Heimkehr zu seiner Familie zu verwehren. Sie hat daher die zuständige deutsche Auslandsvertretung ermächtigt, dem früheren Kronprinzen auf seinen Antrag einen Paß für die Einreise nach Deutschland auszustellen.

Saag, 10. Nov. Nach einer amtlichen Meldung ist der ehemalige deutsche Kronprinz heute früh von Beringen nach Deutschland abgereist.

Amsterdam, 10. Nov. Wie das „Algemeen Handelsblad“ meldet, ist der deutsche Kronprinz heute morgen vier Uhr abgereist. Dem „Telegraaf“ zufolge ist er mit dem Postdampfer von Beringen nach Cuxhaven gereist. Der Bürgermeister von Beringen begleitete den Kronprinzen, der von Cuxhaven mit zwei Autos weiterreiste. In Beringen ist dem „Telegraaf“ zufolge mitgeteilt worden, der Kronprinz sei nach Doorn zum vormaligen Kaiser gefahren. Wie weiter gemeldet wird, hat der vormalige Kronprinz an seine Beringer Freunde ein Abschiedsschreiben gerichtet, in dem er ihnen für die bewiesene Gastfreundschaft dankt.

Saag, 10. Nov. Das Niederländische Korrespondenzbüro meldet: Nach einer der niederländischen Regierung übermittelten Information hat der vormalige deutsche Kronprinz die Insel Beringen verlassen, um sich nach Deutschland zu begeben. Er hat sich dazu entschlossen, nachdem die deutsche Regierung vor einigen Wochen zu verstehen gegeben hat, daß sie gegen seine Rückkehr keine Bedenken erhebt, und nachdem der vormalige deutsche Kronprinz einen vorschristsmäßigen deutschen Paß erhalten hätte. Die Reise erfolgt per Auto. Heute vormittag hat der Kronprinz die Grenze passiert. Er befand sich nur in Begleitung seines Adjutanten Mildner und eines Dieners. Er begibt sich auf seine Besitzung Dels in Schlesien.

Paris, 10. Nov. Der deutsche Geschäftsträger, Botschaftsrat v. Hösch, hat die deutsche Antwort auf die Note der Botschafterkonferenz betreffend die Wiederaufnahme der Militärkontrolle heute abend überreicht. Wie Havas berichtet, wird die Botschafterkonferenz in ihrer am Montag stattfindenden Sitzung Stellung zu dem Inhalt der Note nehmen. Es sei wahrscheinlich, daß im Laufe dieser Sitzung auch die Fragen besprochen werden, die durch die Rückkehr des Kronprinzen nach Deutschland aufgeworfen wurden.

Die deutsche Regierung lehnt die Wiedererrichtung der Militärkontrolle ab.

Berlin, 10. Nov. Wie das „Berliner Tageblatt“ wissen will, ist gestern die deutsche Antwort auf das Ersuchen der Botschafterkonferenz nach Wiedererrichtung der Militärkontrolle in Deutschland abgegangen. In der Antwortnote wird die Zulassung einer neuen Militärkontrolle mit der Begründung abgelehnt, daß bei der erregten Stimmung, wie sie im Volk anlässlich des Einmarsches in das Ruhrgebiet, der gegenwärtigen Zustände im besetzten Gebiet und der wirtschaftlichen Not im deutschen Volk heute bestehe, eine Sicherheit für die an der Kontrolle beteiligten Franzosen und Belgier nicht übernommen werden könne.

Der Vatikan drängt die französische Volksvertretung zur Entscheidung.

Paris, 11. Nov. Nach einer Havasmeldung aus Rom hält es nach einer offiziellen Mitteilung der Vatikan für notwendig, daß das französische Parlament sich über die endgültige Stellung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche ausspricht. — Man merkt, in Rom ist man des Sieges sicher, denn die heutige Kammermehrheit ist dem Vatikan sehr günstig gesinnt, weil man von Rom die Unterstützung der Politik im Rheinland wie überhaupt dem katholischen Deutschland gegenüber erhofft.

Deutschland.

Der neue Reichsinnenminister.

Berlin, 11. Nov. Der Reichspräsident ernannte den Oberbürgermeister Dr. Jarres von Duisburg, Mitglied des preussischen Staatsrats, zum Reichsminister des Innern.

Unruhen in Mannheim.

Mannheim, 9. Nov. Seitens der Erwerbslosen wurden heute nachmittag im Innern der Stadt größere Unruhen verursacht. Bereingelt sollen auch Plünderungen von Metzgerläden in den Quadraten zwischen G und H vorgekommen sein. Polizeiliche Schutzmaßnahmen zur Abwehr sind getroffen. Die Unruhen dürften darauf zurückzuführen sein, daß die Erwerbslosen heute ihre Unterstützung nicht ausgezahlt erhielten.

Einzug der Reichswehr in Jena.

Jena, 11. Nov. Gestern Morgen rückte Reichswehr in Jena ein. Es fanden Hausdurchsuchungen statt, u. a. auch in dem Gebäude der „Kommunistischen Zeitung“. Eine Reihe von Verhaftungen wurde vorgenommen. Die Polizeistunde wurde auf 11 Uhr festgesetzt.

Bestellen Sie das Calwer Tagblatt.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 12. November 1923.

Arbeitsnachweisgesetz.

Man schreibt uns: Zur Zeit sind die Behörden des Landes mit dem Vollzug des Reichsgesetzes über den Arbeitsnachweis beschäftigt. Wir verweisen hierzu auf eine Bekanntmachung des Oberamts im Tagblatt vom Samstag, die eine Aufforderung an die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen des Bezirks zur Einreichung von Vorschlagslisten für den vorläufigen Verwaltungsausschuss des Bezirksarbeitsamts Calw enthält. Es erscheint angezeigt, hierzu noch einige Worte der Erklärung hinzuzugeben. Dem seit 4 Jahren bestehenden Bezirksarbeitsamt Calw fällt die Aufgabe zu, die Arbeitsvermittlung von Arbeitern und Angestellten zu besorgen, sowie bei der Durchführung der gesetzlichen Unterstützungsmaßnahmen für Arbeitslose mitzuwirken. Die Zuweisung weiterer Aufgaben wie Lehrstellenvermittlung und Berufsberatung bleibt vorbehalten. Das Bezirksarbeitsamt wird von einem Geschäftsführer geleitet werden. Von dem praktischen Geschäft, der Rührigkeit und der Vertrauenswürdigkeit des Geschäftsführers hängen zu einem wesentlichen Teile die Erfolge des Arbeitsamts ab. Er muß daneben ausreichende allgemeine Verwaltungskenntnisse haben und im geschäftlichen Verkehr gewandt sein. Ihm fällt es zu, bei der Vermittlung zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber jeweils den rechten Mann an die rechte Stelle zu bringen. Nicht Zufall oder Protektion sollen bei der Arbeitsvermittlung den Ausschlag geben, sondern vernünftige, planmäßige Auswahl. Hierzu sind erforderlich Personenkenntnis und Betriebskenntnis. Es ist keine Frage, daß ein von einem tüchtigen Geschäftsführer geleitetes Arbeitsamt zum Segen für einen Bezirk werden kann. Dem Geschäftsführer steht zur Seite ein Verwaltungsausschuss, paritätisch gebildet aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Das Reichsgesetz sieht nun vor, daß zunächst ein vorläufiger Verwaltungsausschuss gebildet werde, der bei der Aufstellung der Sähung für den öffentlichen Arbeitsnachweis mitzuwirken hat. Ist diese Sähung erlassen, so ist binnen 6 Monaten der endgültige Verwaltungsausschuss zu bilden. Bis zu diesem Zeitpunkt hat der vorläufige Verwaltungsausschuss die Funktionen des endgültigen Verwaltungsausschusses zu erfüllen. Deshalb empfiehlt es sich, von vornherein vorzusehen, daß die Mitglieder des vorläufigen Verwaltungsausschusses nach Errichtung der Sähung ohne weiteres als Mitglieder des endgültigen bestellt werden können, und deshalb schon beim Vorschlag der Beisitzer für den vorläufigen Verwaltungsausschuss darauf bedacht zu sein, daß Männer und Frauen in den Verwaltungsausschuss kommen, die die nötige Zeit und das erforderliche Interesse für den öffentlichen Arbeitsnachweis haben und den bedeutungs- und verantwortungsvollen Aufgaben des Verwaltungsausschusses gewachsen sind. Nach dem A. N. G. hat ja der Verwaltungsausschuss des öffentlichen Arbeitsnachweises fast dieselbe maßgebende Bedeutung wie bei reinen Selbstverwaltungseinrichtungen (Krankenkassen u. dergl.). Er hat bestimmden Einfluß 1. auf die gesamte Geschäftsführung und 2. auf die Bestellung der wichtigsten Angestellten, des Geschäftsführers und der Arbeitsvermittler; die Anstellungsbehörde ist dabei an seine Vorschläge gebunden; 3. auf den Haushalt des öffentlichen Arbeitsnachweises, den er vorzuschlagen hat. Dazu kommen die bedeutenden Aufgaben, die die Verordnung vom 15. 10. 23 (R. G. Bl. I S. 984) dem Verwaltungsausschuss auf dem Gebiet der Erwerbslosenfürsorge zuweist: die Entscheidung der Beschwerden auf diesem

Gebiet und die Bestimmung über die Arbeitsleistungen, von denen die Erwerbslosenunterstützung abhängig zu machen ist, und vor allem die Festsetzung der Beiträge, mit denen sich die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer des Bezirks an der Aufbringung der Mittel für den öffentl. Arbeitsnachweis und die Erwerbslosenfürsorge zu beteiligen haben. Wie besonders die zuletzt genannten Aufgaben zeigen, sind die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer auch finanziell stark daran interessiert, daß in den Verwaltungsausschuss Persönlichkeiten kommen, die ein gutes und den Aufwand rechtfertigendes Arbeiten des öffentlichen Arbeitsnachweises gewährleisten.

Die Industrie und die produktive Erwerbslosenfürsorge.

(S. B.) Stuttgart, 10. Nov. Unter dem Vorsitz von Dr. Robert Bosh hielt im Handelshof auf Einladung des Verbands Württ. Industrieller Generaldirektor Gustav Kilpper einen Vortrag über produktive Erwerbslosenfürsorge in Württemberg. Auch Vertreter der Regierung nahmen an der Versammlung teil. Nach dem Vortrag, dem sich eine längere Aussprache anschloß, wurde eine aus den Herren Dr. Bosh, Kilpper, Fabrikant Roser, Fabrikant Kübler, Baurat Fischer und Direktor Rappus zusammengesetzte Kommission gebildet, die die Aufgabe hat, Anregungen und Vorschläge aus den Kreisen der Industrie zur Erhaltung der normalen Beschäftigung und zur Ausführung von Notstandsarbeiten zu prüfen und zu bearbeiten.

Prüfung der Ablieferungspflicht.

Das Wehrkreiskommando V teilt mit: Der Inhaber der vollziehenden Gewalt im Wehrkreis V hat es sich in seinem Aufruf an die Bevölkerung in Stadt und Land vorbehalten, nachprüfen zu lassen, ob und inwieweit die Landwirte, die mehr als 3 Morgen Kartoffeln angebaut haben, ihrer Verpflichtung, 30 Prozent des Ernteertrags bis zum 15. November dem Verbraucher zuzuführen, nachgekommen sind. Eine solche unvermutete Nachprüfung hat am 8. November durch eine von dem Militärbefehlshaber im Einvernehmen mit dem württ. Ernährungsministerium bevollmächtigte Kommission in dem Gemeindebezirk Kupferzell O. A. Dehringen stattgefunden. Erfreulicherweise konnte festgestellt werden, daß die Landwirte durchweg ihrer Ablieferungspflicht genügt, in den meisten Fällen über 30 Prozent ihrer Ernte bereits den Verbrauchern zugeführt haben. Festgestellt konnte aber auch werden, daß die diesjährige Kartoffelernte erheblich hinter der des Vorjahres zurückbleibt.

(S. B.) Schramberg, 10. Nov. Der in der Moser'schen Möbelfabrik beschäftigte, seit Mittwoch vermiste Johann Georg Fried, ein ruhiger, geordneter Mann, wurde unterhalb des Gaswerks auf badischem Gebiet als Leiche aus der Schiltsch geboren.

(S. B.) Heilbronn, 10. Nov. Die Chemische Fabrik hat beim Demobilisierungsausschuss die Entlassung von 300 Arbeitern beantragt mit der Begründung, daß ihre Lager, sogar der neuerrbaute große Silo voll seien und sie keinen Absatz mehr habe. Der Demobilisierungsausschuss konnte sich diesen Gründen nicht verschließen und gab seine Zustimmung. Etwa 200 Mann werden noch weiter beschäftigt zu Handwerks- und Instandsetzungsarbeiten. Nach der Meinung des Generaldirektors besteht aber Aussicht, daß

in einigen Wochen wieder Absatzmöglichkeit besteht, da der Zug- und Schiffsverkehr mit dem besetzten Gebiet bereits wieder teilweise im Gang ist.

(S. B.) Ebersbach a. F., 10. Nov. Der Führer der kommunistischen Partei Ebersbach, Oskar Thumm, wurde in Schutzhaft genommen.

(S. B.) Göttingen, 10. Nov. Die Ehefrau eines in der Bahnhofstraße wohnhaften Geschäftsmannes hat sich durch Erschießen das Leben genommen. Auf Grund einer Denunziation war ein Verfahren wegen Steuerhinterziehung gegen sie und ihren Ehemann eingeleitet worden; daraufhin erhielt die Frau eine Vorladung. Im Zustand höchster Aufregung griff sie zur Waffe und erschloß sich.

(S. B.) Sigmaringendorf, 10. Nov. Die Tochter des Mechanikers Franz Reibholz wurde auf der Straße angefallen und durch ein mit Chloroform getränktes Tuch betäubt. Nachbarn hörten das stöhnende Mädchen und brachten es in Sicherheit. Noch heute ist die Ueberfallene infolge des ausgestandenen Schreckens ihrer Sinne nicht mächtig. Der Täter soll auch in anderen Fällen Annäherungsverstöße gemacht haben.

(S. B.) Laxingen, 10. Nov. Der bei der Firma Bernhard Steinte beschäftigte, im 25. Lebensjahr stehende, verheiratete Zimmermann Alois Wiedemann von hier stürzte bei Ausschaltungsarbeiten beim Donaubrückenbau in Dillingen ab und fiel in die Donau. Dabei hat er sich verletzt. Er schwamm noch eine kurze Strecke, dann versank er. Die Leiche ist noch nicht geborgen.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Beginn der Ausgabe des wertbefähigten Notgeldes der Reichsbank.

Berlin, 9. Nov. Die Ausgabe des angekündigten, wertbefähigten Notgeldes der Reichsbank in Gestalt von wertbefähigten Anteilscheinen der Schatzanweisungen des Deutschen Reiches (Goldanleihe) hat heute begonnen. Die Stückelung beträgt 0,42 Mark Gold gleich ein Zehntel Dollar, 1,05 Mark Gold gleich 1/2 Dollar, 2,10 Mark Gold gleich 1 Dollar.

Märkte.

(S. B.) Weinsberg, 10. Nov. Die Weingärtner-Gesellschaft brachte einen Teil ihres Erzeugnisses zur Versteigerung. Verkauft wurden 12 Hektoliter Rotgemischt zum Preis von 88 Goldmark pro Hektoliter, 42 Hektoliter Trollinger zum Preis von 100-121 Goldmark, 48 Hektoliter Weißwein um 97-105 Goldmark, 84 Hektoliter Weißriesling um 125-135 Goldmark pro Hektoliter.

(S. B.) Weisheim u. L., 10. Nov. Unter starker Beteiligung ist die hiesige Gemeindegagd, bestehend in 1700 Hektar Feld und 350 Hektar Wald, im öffentlichen Aufsteig verpachtet worden. Die jährliche Pachtsumme beträgt 1300 Goldmark. Pächter ist Kaufmann Schmid von hier.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Selmann, Calw. Druck und Verlag der H. Dehnbach'schen Buchdruckerei Calw.

Stadtgemeinde Calw.



Stammholz-Verkauf

Im schriftlichen Aufsteig, am 22. November 1923, nachmittags 2 Uhr, aus Abteilung Welzberg, Grüner Weg, Hühneracker:

204 Festmeter III.-V. Kl. La., Fi., Fo.-Stamm- und Sägholz.

Auskunft und Losverzeichnisse durch Herrn Förster Wintterle.

Calw, den 9. November 1923.

Stadtspflege: Frey.

Deckreißig

Zur Selbstgewinnung aus Abt. Sulzwald (oberhalb Wölfesbrunnen) kann am Dienstag, den 13. November 1923 angemeldet werden. Preis 10 Goldpfennige für den Bund ist bei der Bestellung zu bezahlen.

Das Reißig ist am Mittwoch und Donnerstag, den 14. und 15. November 1923 im Walde abzuholen. Nähere Weisung durch Herrn Förster Wintterle.

Calw, den 9. November 1923.

Stadtspflege: Frey.

Allgemeine Ortskrankenkasse für d. Oberamtsbezirk Calw.

Bekanntmachung betr. Krankengeld.

Diejenigen Versicherten, die infolge Arbeitsunfähigkeit Anspruch auf Krankengeld erheben, wollen bis auf Weiteres ihre Krankmeldung binnen drei Tagen unmittelbar bei der Kasse oder bei den örtlichen Geschäftsstellen (Schultheißenämtern) erstatten.

Die Dauer der Arbeitsunfähigkeit muß vom Arbeitgeber oder vom zuständigen Schultheißenamt bestätigt sein. In Anbetracht der fortschreitenden Geldentwertung empfiehlt es sich, die Barleistungen in kurzen Zeitabständen abzuheben.

Calw, den 10. November 1923.

Vorsitz. des Kassenvorst.: Stv.: Man. Verwalter: Prof.

An unsere Leser!

Der

Bezugspreis für die laufende Woche

mußte infolge der fortschreitenden Geldentwertung auf

43 Milliarden Mark

festgesetzt werden.

Verlag des „Calwer Tagblatt“.

W

em an der Erhaltung eines von keiner Partei- oder Interessenten-Gruppe beeinflussten Lokalblattes gelegen ist, der unterstütze in seinem Teile unser Blatt. Unterstützen kann uns heute jeder durch Wort und Tat.

Wer unser Blatt bereits liest, der sorge dafür, daß sein Nachbar es hält, wer Kaufabschlüsse tätigt auf Grund von Anzeigen, die in unserem Blatte erschienen sind, der nehme Bezug auf unser Blatt.

Wer etwas zu verkaufen hat, der schreibe es in unserem Blatte aus, gerade die kleine Anzeige macht sich bei einem Kauf oder Verkauf durch größeres Angebot oder größere Nachfrage sicher bezahlt.

Wer keine Anzeigen aufzugeben hat, der kann uns durch anderweitige Aufträge unterstützen. Er kann seinen Bedarf an Druckarbeiten, wie Briefbogen, Mittelungen, Rechnungen, Postkarten, Briefhüllen bei uns decken. Gerade die Notlage des Zeitungsgewerbes zwingt uns, in unserer Akzidenzdruckerei einen Ausgleich zu suchen. Bedenke jeder, daß die Not der Zeitung deutsche Not ist.

Derjenige, der am Bahnhof das Pritschenwägel (mit neuem Boden) weggenommen hat, wird in eigenem Interesse erjucht, dasselbe zurückzubringen.
Carl Volz.

1 Nähmaschine
u. 1 Fernglas
verkauft oder taucht.
Calw, Inselstraße 214.

Einen bereits neuen
Herd
tauscht gegen ein Schwein.
Wer, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Schöne Ferkel
verkauft gegen Frucht
oder Kartoffeln.
Wer, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Jeder Gewerbetreibende

mendet sich bei Bedarf an Druckfachen aller Art, als Briefbogen, Rechnungen, Postkarten, Zirkulare, Preislisten usw. an die Druckerei dieses Blattes.

Sie

schädigen sich selbst,

wenn Sie sich eine Zeitung halten, die nicht in der Lage ist, Sie mit den Wirtschaftsnachrichten zu versehen, die für Sie und Ihre Wirtschaft in Betracht kommen.

Vor Schaden bewahren Sie sich,

wenn Sie eine Zeitung lesen, die ein genaues Spiegelbild des gesamten Wirtschaftslebens des Bezirks gibt. Darum bestellen Sie sofort das „Calwer Tagblatt“. Sie sind dann über Preisbildungen, Käu e und Verkäufe jegl. Art unterrichtet.